Standesangelegenheiten.

Zur Reform des ärztlichen Unterstützungswesens in Berlin und der Provinz Brandenburg.

Von Dr. Simon Davidsohn.

Die Aerztekammer der Provinz Brandenburg und des Stadtkreises Berlin hat schon 1895 es als eine Standespflicht und somit auch als Pflicht der Standesvertretung anerkannt, für die in Noth gerathenen Aerzte sowie für deren Hinterbliebene eine ergiebige Fürsorge als bisher zu treffen und auch die Vorsorge zu organisiren. Die damals gewählte Commission wurde beauftragt, die Fragen des ärztlichen Versicherungs- und Unterstützungswesens, speziell mit Rücksicht auf die Möglichkeit einer einheitlichen Organisation, zu bearbeiten. Ergänzt durch die Heranziehung einer Reihe auf diesem Gebiete ausgezeichneter Männer, hat sie in der von den Herren Schwalbe und Bensch verfassten Denkschrift von 1896 über die Leistungen der bisher bestehenden derartigen Einrichtungen, über das zu erstrebende Ziel, über die Art der Durchführung in einer bis dahin noch nicht vorhandenen Zusammenfassung die Vorarbeiten durch bestimmt gefasste Vorschläge zum Abschluss gebracht. Die Kammer billigte die Anträge.

Doch erst durch das gesetzlich geregelte Umlagerecht der Aerztekammern ist die Möglichkeit gegeben, der Absicht des Gesetzgebers entsprechend, das ärztliche Unterstützungswesen zu organisiren und die Mittel zur Lösung einer solchen Aufgabe durch die Beitragspflicht zu beschaffen. Nachdem die alle Aerzte überaus interessirenden Verhandlungen mit den zuständigen Behörden es als zulässig erwiesen hatten, dass unter gewissen Voraussetzungen die Kenntnissnahme des Gesamteinkommens der einzelnen wahlberechtigten Aerzte der Aerztekammer verstattet werde, und so den Weg der progressiven Besteuerung als gangbar erkennen liessen, hat die diesseitige Kammer gemäss den Vorschlägen der von ihr eingesetzten Commission und entsprechend den Motiven des Gesetzes auf die wirthschaftlich Schwachen Rücksicht genommen, ohne die besseren Einkommen zu überlasten. Aus diesem Grunde wurde eine Mischung von Einheitssatz — als Grundgebühr bezeichnet — mit einem Prozentzuschlag zum Gesamteinkommen gebilligt — letzterer bemessen nach der Staatseinkommensteuerstufe. Der Zuschlag soll beginnen bei den Einkommen über 5000 M. Die Grundgebühr ist zur Zeit auf 10 M., der Prozentzuschlag auf 5 % festgesetzt, sodass beispielsweise bei einer Staatseinkommensteuer von 300 M. ein Beitrag zu zahlen ist von 10 M. Grundgebühr und 15 M. Zuschlag. Die Feststellung des entsprechenden Beitrages für jeden einzelnen Arzt hat ebenso wie die Aufstellung des Gesamtetats bereits stattgefunden, nachdem in erforderlicher Verschwiegenheit die Steuerermittelung vor sich gegangen war. Die Höhe des Etats ist derart eingerichtet, dass, abgesehen von den anderen Ausgaben der Kammer, eine Verdoppelung der bisher gewährten Unterstützungssummen möglich ist. Es würden alsdann in Fällen ganz besonderer Noth an Aerzte bis 1000 M., an Wittwen bis 800 M. für das Jahr gezahlt werden können. Es würden gegen etwas über 20 000 M., die schätzungsweise bisher im Kammerbezirk jährlich für Unterstützungszwecke insgesamt aufgebracht wurden, künftig demnach über 40 000 M. durch das Umlageverfahren zur Verfügung gestellt werden. Wenn von etwa 3400 Aerzten des Kammerbezirks über 60 000 M. im ganzen und davon ungefähr 40 000 M. für Unterstützungszwecke aufzubringen sind, so beträgt der Durchschnittsbeitrag im ganzen ca. 18 M., wovon etwa 12 M. durchschnittlich dem bezeichneten Zwecke dienen. Ein solches Ansinnen an den Einzelnen ist wahrlich noch sehr bescheiden. Die Beschlüsse der Kammer sind auch bei voller Würdigung aller dieser Umstände mit grosser Mehrheit zu Stande gekommen. In seiner durch strenge Sachlichkeit einerseits, wie durch die Sympathie für diese Bestrebungen andererseits eindrucksvollen Rede hat auch der zuständige Herr Oberpräsident, Seine Excellenz v. Bethmann-Hollweg, zu den Vorschlägen sich im allgemeinen zustimmend ausgesprochen, ohne sich im einzelnen zu binden. In dem Augenblick, wo seine erforderliche Zustimmung zu den Beschlüssen der Aerztekammer eintrifft, kann und wird das ärztliche Unterstützungswesen im Kammerbereiche in einer vervollkommenen Weise neu aufgebaut werden.

Eine wichtige Aufgabe bei der künftigen Gestaltung der alsbald zu errichtenden Unterstützungskasse für den ganzen Kammerbezirk ist die Herstellung zweckentsprechender Beziehungen und eines engen Anschlusses der in der Provinz und in Berlin bestehenden, zum Theil sehr leistungsfähigen Kassen dieser Art zu der neuen Einrichtung. Es liegt nämlich im Wunsche aller bisher zu Gehör gekommenen Aerzte, nur eine gemeinsame derartige Kasse für den gesamten Kammerumfang einzurichten. Und diese soll, ohne dass ausschliesslich Kammermitglieder in der Verwaltung sitzen, doch der Kammer verantwortlich sein, ihren Beschlüssen unterstehen und so von ihr verwaltet werden. Unter diesem Gesichtswinkel bleibt von der Selbständigkeit der bisherigen, demselben Zwecke dienenden Kassen wenig übrig. Als solche kommen hier besonders in Frage: die Berliner ärztliche Unterstützungskasse nebst der mit ihr verbundenen Wilhelm-Augusta-Stiftung und der Kristeller-Stiftung, sowie zweitens die ärztliche Unterstützungskasse für die Regierungsbezirke Potsdam und Frankfurt.

Von einem Versuche, mit der Hufeland-Stiftung über enger zu knüpfende Beziehungen zu verhandeln, ist zunächst abgesehen, da jene das Königreich Preussen umfasst und ihre Satzungen schwer, nur durch die Gesetzgebung abzuändern sind. Die sonst noch vorhandenen ärztlichen Unterstützungskassen im Bezirke sind Anhängsel der Vereine, so die Charlottenburger, die der Aerzte der Niederlausitz, die der ärztlichen Standesvereine der Luisenstadt und des „Nordklub“. Dieselben verfügen nicht über grössere Mittel und haben wenig Neigung zum Anschluss. Erfreulich dagegen sind die Verhandlungen mit den beiden erstgenannten und für Berlin wie auch für die Provinz wichtigsten Kassen gediehen. In der Erkenntnis, dass das Gute dem Besseren weichen muss und dass künftig die freiwilligen Gaben doch nur spärlich fliessen würden und ganz aufhören könnten, haben sich die Kuratorien dieser beiden grössten Kassen für einen innigen Anschluss ausgesprochen und sind willens, sich unter gewissen Voraussetzungen ganz in die Verwaltung der Unterstützungskasse der Aerztekammer zu begeben. Die Berliner ärztliche Unterstützungskasse mit den ihr verbundenen Stiftungen und einem Gesamtvermögen von circa 104000 M. stellt die Bedingungen, dass sie eine selbständige juristische Person bleibt, dass ihr Name und die Namen der mit ihr verknüpften Stiftungen — der Wilhelm-Augusta-Stiftung und der Kristeller-Stiftung — erhalten bleiben, dass ihre bisherigen Pfleglinge, auch wenn künftige Bestimmungen nur den wahlberechtigten Aerzten und den Hinterbliebenen solcher die Unterstützungsberechtigung zubilligen, weiter berücksichtigt werden. Es sollen nur die Zinsen zu laufenden Ausgaben verwendet werden. Eine spätere Auflösung wird vorbehalten. Die Form dieses Anschlusses bringt eine glückliche Lösung der Schwierigkeiten. Denn sonst würden gewisse, bereits in Kraft getretene oder noch in Aussicht stehende Schenkungen und Testate, die einer bestimmten Stiftung, sei es der Berliner ärztlichen Unterstützungskasse, sei es der Wilhelm-Augusta-Stiftung oder der Kristeller-Stiftung ausdrücklich zugewendet worden sind, sich einem Anschlusse der bestehenden Einrichtungen an die neue rechtlich als Hinderniss erweisen. Nach der Stimmung in der von der Kammer eingesetzten Commission zu schliessen, wird die Kammer auf diese Bedingungen eingehen und voraussichtlich auch damit einverstanden sein, dass billigerweise das Kuratorium der Berliner ärztlichen Unterstützungskasse und der Wilhelm-Augusta-Stiftung in der künftigen Verwaltung mit Sitz und Stimme vertreten sei. — Auch die ärztliche Unterstützungskasse der Regierungsbezirke Potsdam und Frankfurt hat durch ihren Vorstand einen völligen Anschluss, resp. ein Aufgehen in die neue Schöpfung unter der einen Bedingung erklärt, dass bei einer kommenden Theilung der Kammer das eingebrachte Vermögen wieder an die Provinz zurückfällt.

Die Grundzüge für die Satzungen dieser neuen, den ganzen Kammerbezirk umfassenden Unterstützungskasse sind bereits theils durch die Kammer selbst, theils durch die dazu gewählte Commission festgestellt, ein bezüglicher Entwurf ist ausgearbeitet und wird alsbald der Kammer zur Genehmigung vorgelegt werden. Im allgemeinen sind die bewährten Grundsätze der alten Unterstützungskassen beibehalten worden. Es ist die Auffassung vorherrschend, dass das künftige Kuratorium nicht durch die Satzungen, durch Hineintragen vieler Einzelheiten geknechtet werden soll, da die Aerztekammer jederzeit das Recht hat, Mängel und Lücken durch Abänderungen und Zusätze zu beseitigen. Indess mussten die durch das Gesetz über die ärztlichen Ehrengerichte und über das Umlagerecht gebotenen Verhältnisse berücksichtigt werden.

In diesem Gesetz ist immer von den wahlberechtigten Aerzten die Rede. Folgerichtig finden nur die Hinterbliebenen solcher in einer künftigen Unterstützungskasse Berücksichtigung. Ebenso scheiden die Militärärzte und deren Hinterbliebenen, die in Bezug auf Pflichten und Rechte nicht zugehörig sind, aus. In der Uebergangszeit werden Vereinbarungen zu treffen sein mit den bisherigen diese Aufgabe erfüllenden Kassen. Es wird nicht schwer sein, Härten zu vermeiden. Auch erscheint es der Commission erforderlich, eine Wartezeit festzusetzen derart, dass wahlberechtigte Aerzte, die bereits drei Jahre Kammerbeiträge gezahlt haben, berücksichtigt werden. Es haben sich nämlich in den letzten Jahren die Fälle wiederholt, dass Aerzte kurz nach der Niederlassung in Berlin, und nur um hier weiter ihre kümmerliche Existenz zu fristen, mit Gesuchen an die Unterstützungskasse herantreten. Es ist deswegen die Befürchtung ausgesprochen, dass, wenn kein Riegel vorgeschoben wird, ein vermehrter Zustrom unbeabsichtigt gefördert werden könnte.

Bei einem Wegzug aus dem Kammerbezirk soll die Unterstützung nur gewährt werden, wenn die Fortdauer der Bedürftigkeit glaubwürdig nachgewiesen wird. Eine Regelung durch die Wechselbeziehungen der in den verschiedenen Provinzen bestehenden Unterstützungskassen soll herbeigeführt werden. Der ursprüngliche Auftrag der Kammer, eine einheitliche Organisation des Unterstützungswesens für ganz Preussen in die Wege zu leiten, kann zur Zeit nicht ausgeführt werden. Eine bezügliche Aufforderung unserer Kammer vor einigen Jahren wurde nicht gebührend berücksichtigt, und jetzt sind einzelne Kammern selbständig in Bezug auf die Neuordnung des Unterstützungswesens vorgegangen, in anderen herrscht noch in dieser Beziehung eine grosse Meinungsverschiedenheit. Das Streben nach Versicherungen, die schon

jetzt im Anschluss an das Umlagerecht und in verhältnissmässig kleinen Verbänden hier und da gewünscht und als berechtigt bezeichnet werden, tritt deutlich hervor. Eine Einheitlichkeit oder mindestens die Wechselbeziehungen in den verschiedenen Provinzen, insbesondere beim Wegzug der Hilfsbedürftigen, herzustellen, bleibt eine dankbare Aufgabe für den Geschäftsausschuss der Aerztekammern.

Eine Neuerung bedeutet auch folgender Vorschlag: Wenn der Bestand des eisernen Fonds ein geeigneter ist, spätestens aber wenn der Reservefond die Höhe von 10 Durchschnitts-Jahreseinnahmen, zusammengerechnet, überschritten hat, soll ein versicherungstechnisches Gutachten eingeholt werden, ob und wann die Mittel ausreichen zu einer Versicherung in Bezug auf die Wittwen- und Weisenversorgung und in Bezug auf die Invalidität der Aerzte. — Dabei ist vorgesehen, dass die ausserordentlichen Einnahmen (Schenkungen, Stiftungen) und die Ueberschüsse der ordentlichen Einnahmen zu einem Reservefond anzusammeln sind und dass diesem ausserdem jährlich vorerst mindestens 15% der ordentlichen Einnahmen zufließen sollen. Nachdem dann in der Höhe von 10 durchschnittlichen Jahreseinnahmen ein Reservefond angesammelt ist, sollen die Ueberschüsse dem zu bildenden eisernen Fond zugeführt werden. Zu letzterem gehören auch die Vermögensbestandtheile der hinzugetretenen Unterstützungskassen und der mit ihnen verbundenen Stiftungen. — Der gute Zweck dieser Wohlfahrtseinrichtungen berechtigt zu der Hoffnung, dass noch reichlicher als bisher Zuwendungen hierher fliessen werden. Es werden auch bei einer höheren Entwicklung im angedeuteten Sinne die Unterstützungskassen immer noch neben der Versicherung nothwendig bleiben. Das steht fest, dass Kassen, die Rechtsansprüche auf gewisse Summen und zu bestimmten Fristen gewähren, erst in der allmählichen Entwicklung und bei einer grösseren Kapitalsansammlung sowie anfangs in bescheidenen Grenzen von Seiten der Aerztekammern und mit deren Mitteln ins Auge gefasst werden können. Heute bereits durch das Umlageverfahren Versicherungskassen aufzubauen, würde einen Durchschnittsbeitrag von einigen hundert Mark voraussetzen und würde den Widerspruch der Aufsichtsbehörde hervorrufen mit dem Hinweis, dass weder die Regierung noch das Parlament eine soweit gehende Absicht bekundet hätten, sondern nur die Verbesserung des ärztlichen Unterstützungswesens mit dem Gesetze fördern wollten.

In den künftigen Satzungen ist die Art der Verwaltung eine bisher vielumstrittene Frage und eine schwere Aufgabe. Von Berlin aus die Gesuche aus der Provinz bis an die Grenzen von Sachsen, Mecklenburg, Pommern u. s. w. auf ihre Berechtigung, den Umfang der Bedürftigkeit, die Personalien gerecht und in kürzester Zeit, wie es die Verhältnisse oft erfordern, zu prüfen und zu erledigen, wird nicht rathsam sein. Der Vorschlag, durch Vertrauensmänner an Ort und Stelle die Gesuche aus der Provinz zu erledigen, ist abzuweisen. Es geht doch nicht an, auf das Urtheil eines unter Umständen durch Wohlwollen oder durch persönliche Abneigung beeinflussten Collegen grössere Summen auf längere Zeit zu bewilligen oder daraufhin Gesuche rundweg abzulehnen. Ob zwei Verwaltungsstellen, eine in Berlin und eine in der Provinz geschaffen werden oder ob jeder Regierungsbezirk für sich eine begrenzte Selbständigkeit haben soll, sind Fragen mehr praktischer wie grundsätzlicher Art. Eine Centralstelle, die der Kammer verantwortlich ist, wird jedoch nöthig sein. Nach der bewährten Einrichtung der Berliner ärztlichen Unterstützungskasse soll auch künftig in dem Kuratorium der Regierungs-Medizinalrath Sitz und Stimme haben, da er die Personalien beherrscht, was insbesondere bei Wittwen und Waisen sich nicht unwesentlich erwiesen hat.

Indess wirkt zur Zeit eine die künftige Verwaltungseinrichtung ganz besonders betreffende Erwägung lähmend auf die Weiterarbeit der Commission und hält diese zurück, mit ihrem sonst fertigen Entwurf schon jetzt vor die Kammer zu treten. Der dem preussischen Landtage vorgelegte Gesetzentwurf über die gesonderte Errichtung einer Provinz Berlin legt die Vermuthung nahe, dass auch unsere Aerztekammer getheilt werden soll. In dieser Ungewissheit ist ein Zuwarten auf einige Wochen gerechtfertigt, um nicht doppelte Arbeit zu machen. Die Commission zeigt keine Neigung, heute aufzubauen, um morgen niederzureissen. Die Entscheidung muss bald fallen, und kommt es zur Theilung unserer Kammer, dann ist die Verwaltung eine einfache. Eine Stockung in der Gewährung von Unterstützungen ist, Dank der Zuwendung von 9000 Mark für das laufende Jahr seitens der Aerztekammer an die bestehenden Unterstützungskassen, nicht zu befürchten. Es steht nichts im Wege, nach der Emanation des Gesetzes über die Errichtung einer Provinz Berlin und vor dem Inkrafttreten, das am 1. April 1902 in Aussicht genommen ist, alsbald durch die jetzt noch tagende Kammer die Satzungen der Unterstützungskasse durch Beschluss festzustellen und so jede Stockung für das nächste Jahr zu verhindern. Die Ueberleitung der Thätigkeit der bisherigen Kuratorien an die neue Verwaltung, das zwischen den alten Einrichtungen und der neuen abzuschliessende Vertragsverhältniss kann sich dann in Ruhe vollziehen. Die zu treffenden Vereinbarungen bedürfen ja ohnedies erst der Genehmigung seitens der Generalversammlung der Berliner ärztlichen Unterstützungskasse, bevor in aller Form ein gegenseitiger Vertrag geschlossen werden kann.

Wenn nun auch künftig Vollkommenes nicht geleistet werden wird,

so werden doch die geplanten Verbesserungen eingreifende sein. Die Erhöhung, unter Umständen die Verdoppelung der an die Hilfsbedürftigen gewährten Gaben, die Einheitlichkeit in der Verwaltung, welche die Begünstigung gewerbmässiger Bittsteller verhindert und die Verschämten begünstigt, die reichliche Ansammlung von Mitteln, welche später die Möglichkeit einer mässigen Versicherung bietet, sind die Vortheile der Neuerung. Die Unzufriedenen mögen einerseits nicht zu viel auf einmal verlangen, andererseits mag der Zweck dieser Wohlfahrtseinrichtung manchen, der tiefer als bisher in die Tasche greifen muss, versöhnen. Wirthschaftliche Fragen — und dazu gehören auch die Wohlfahrtseinrichtungen — sind rechnerische Aufgaben, die sich nur lösen lassen mit dem Rechenstift in der einen Hand und dem Geldbeutel in der andern.